

KVD Zimmermann wies einfürend auf die Gefahr einer flächendeckenden Ausbreitung der Herkulesstaude im Rhein-Sieg-Kreis hin. Im Gegensatz zu der Verbreitung des drüsigen Springkrautes könne dies nicht hingenommen werden, da die Herkulesstaude einen toxisch wirkenden Saft absondere und somit Gefahren für die Bevölkerung entstünden.

Herr Pfeiffer berichtete, dass in der Besprechung am 06.11.2008 kein abschließendes Ergebnis erzielt werden konnte. Nun werde ein Konzept erstellt und ein Antrag auf finanzielle Zuschüsse beim Land gestellt. Die Bezirksregierung Köln sei Gewässerunterhaltungszuständiger der Sieg sowie Eigentümer weiterer 500 ha Fläche in diesem Bereich. Diese zeichneten sich durch besonders hohe Herkulesstaudenbestände aus. Zudem würden seit 2006 auf die Kommunen, die meist auf Personal- und Finanzmittelmangel hinweisen, als Gewässerunterhaltungsträger mit relativ geringem Erfolg hingewirkt, gegen die Verbreitung der Herkulesstaude vorzugehen. Landwirte hätten bereits darauf hingewiesen, dass die Zurückdrängung der Herkulesstaude von landwirtschaftlichen Flächen nur noch mittels Herbiziden möglich sei. Auch die Fischereiverbände wiesen auf erhebliche Probleme durch die Herkulesstaude hin. Daher finde am 08.12.2008 ein Gespräch mit der Bezirksregierung Köln statt. Es solle auf die Lösung hingewirkt werden, dass das Land auf seinen Flächen sowie an der Sieg die Herkulesstaude zurückdrängt. An den anderen Gewässern solle diese Aufgabe durch den Agger- oder Wasserverband übernommen werden. Im Naturschutzgebiet ansonsten werde der Rhein-Sieg-Kreis als Landschaftsbehörde tätig, indem z. B. Landwirte oder Firmen beauftragt würden.

Abg. Schäfer-Hendricks fragte, ob es natürliche Feinde der Herkulesstaude gebe und inwieweit freiwillige Bürger an der Bekämpfung beteiligt werden könnten.

SkB Dr. Boehm bat um Auskunft, ob auch linksrheinisch die Herkulesstaude vorhanden sei.

Abg. Smielick merkte an, dass eine enge Zusammenarbeit mit den rheinlandpfälzischen Behörden erforderlich sei. Eine Bekämpfung im Rhein-Sieg-Kreis mache nur Sinn, wenn der Transport neuer Samen aus den Gewässeroberrläufen vermieden werden könne.

KVD Zimmermann führte aus, dass die Behörden in Rheinland-Pfalz in die bisherigen Gespräche eingebunden seien und die Herkulesstaude aktiv bekämpfen würden. Von den dort gewonnenen Erkenntnissen könne man nur profitieren. So zeige sich dort, dass konsequentes Handeln auch Erfolge erziele.

Herr Pfeiffer teilte mit, dass natürliche Feinde der Herkulesstaude nicht bekannt seien. In Bezug auf die betroffenen Kommunen müsse man zudem deren Möglichkeiten berücksichtigen. Linksrheinisch sei die Herkulesstaude, wenn auch geringer als an der Sieg, vorhanden und werde bereits mit den gegebenen Mittel bekämpft.

SkB Dr. Schwarzlose erklärte, dass verschiedene Landkreise mit einem Befall durch die Herkulesstaude zu kämpfen hätten. Ihm stelle sich daher die Frage, ob dieses Problem nicht im Umweltausschuss des Landkreistages anzusiedeln sei.

Der Vorsitzende bat die Verwaltung, für die nächste Sitzung eine Resolution des Umweltausschusses an den Umweltausschuss des Landkreistages zu erstellen und zur Abstimmung vorzulegen.

SkB Dr. Boehm vertrat die Ansicht, dass zuerst bei anderen betroffenen Behörden Lösungsansätze und Finanzierungsmöglichkeiten abgefragt werden sollten.

SkB Dr. Schwarzlose fragte nach einer Unterstützung durch den Rhein-Sieg-Kreis

Umweltdezernent Schwarz stellte klar, dass die Bekämpfung der Herkulesstaude vorwiegend ein personelles Problem der Grundstückseigentümer darstelle. Er sehe die Aufgabe des Rhein-Sieg-Kreises darin, die zugesagten, wenn auch wenigen, Maßnahmen zu koordinieren.

SkB Wagner erkundigte sich nach der Ökokontofähigkeit größerer Herkulesstaudenpopulationen.

Anmerkung der Verwaltung:

Da hier eine eingehende Prüfung erforderlich ist, wird die Frage in der nächsten Sitzung des Umweltausschusses beantwortet.

Abg. Schäfer-Hendricks befürwortete auch Bürger und Naturschutzverbände mit einzubeziehen.

Umweltdezernent Schwarz warnte, aufgrund der von der Herkulesstaude ausgehenden Gefahr, davor, ungeschulte Bürger in die Bekämpfung der Pflanze einzubinden. Die Naturschutzverbände seien zudem in der Siegrunde beteiligt.